

»Rassisten werden hier nicht bedient«: Die Regensburger Gastronomie zeigt Zivilcourage

Helga Hanusa

Mitinitiatorin der Initiative »Keine Bedienung für Nazis«

Schnell reagieren, alle Beteiligten einbeziehen, gemeinsam eine Strategie entwickeln und nicht nachlassen – das war unser Ansatz, um Gastronomen in Regensburg für einen Einsatz gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu motivieren.

Von Anfang an Zivilcourage: Schutz vor Nazigewalt und Rassismus

Für den Barkeeper Michael S. des Regensburger Lokals »Picasso« war es eine Selbstverständlichkeit, im Juni 2010 einer schwarzen Frau und ihrem Kind Schutz vor rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen einer Gruppe von Neonazis zu bieten. »Dass N... überhaupt Kinder haben dürfen«, mit Beleidigungen wie dieser hatten sie die Frau und das Kind vor dem Lokal bedrängt. Der Barkeeper ging dazwischen und vertrieb die Naziclique. Etwa zwei Wochen später – am 30. Juni 2010 – rächten sich die Neonazis mit einem brutalen Überfall. Zuvor konnten sie ungehindert, obwohl als Rechtsextreme erkennbar, in einem Innenstadtlokal große Mengen Alkohol bestellen, »Sieg Heil« rufend durch die Stadt ziehen und schließlich gezielt im Picasso den Barkeeper mit Fäusten und Fußtritten zu Boden prügeln und das Lokal verwüsten. Dem Barkeeper gelang es trotz schwerer Verletzungen in einen benachbarten Imbiss zu fliehen und der Gewaltorgie zu entkommen. Der Inhaber des Imbiss bot ihm ohne zu zögern Zuflucht. Es verging einige Zeit, bis die herbeigerufene Polizei die Neonazis festnehmen konnte, ausnüchterte und am nächsten Tag wieder freiließ.

Obwohl die örtlichen Zeitungen über den Überfall berichteten, gab es keine Protestaktion – weder von der kommunalen Politik noch von Regensburger Bürgerinnen und Bürgern.

Mitten in der Regensburger Altstadt, quasi im Wohnzimmer des berühmten Weltkulturerbes, hatten die brutalen Übergriffe stattgefunden. Die Regensburger kümmerten sich jedoch zunächst nicht um mögliche Konsequenzen. »Wegen der paar besoffenen Nazis was machen?«, war eine abwehrende Frage, die ich in dieser Zeit oft hörte. Hatten sich die Menschen – wie an vielen anderen Orten in Deutschland auch – etwa schon an Meldungen über rechtsradikale Übergriffe gewöhnt? Viele Bürgerinnen und Bürger blendeten und blenden in ihrer Untätigkeit fast vollständig aus, welcher Gefahr Menschen ausgesetzt sind, die sich den Neonazis entgegenstellen und mit wie viel Angst diese leben müssen, erneut Ziel der Nazigewalt zu werden.

Die Idee: Schutz durch praktische Solidarität und Öffentlichkeit

Als freiberufliche Mitarbeiterin der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus habe ich früh den Kontakt zu den Betroffenen gesucht. In einem gemeinsamen Gespräch kam schließlich der Anstoß für die Initiative »Keine Bedienung für Nazis«: Die Inhaberin des Picasso war entschlossen, ein Hausverbot für die am Überfall beteiligten Neonazis durchzusetzen. Ihre große Sorge war jedoch, dass ihre Familie und ihr Personal dann erneut zur Zielscheibe von Nazi-Gewalt werden könnten. Ich begegnete ihrer Sorge mit einem Vorschlag: »Wie wäre es, wenn viele Wirte gleichzeitig den Nazis ein Hausverbot erteilen und wenn wir das öffentlich machen?« Im weiteren Verlauf unseres Gesprächs konkretisierte sich diese Idee. Alle weiteren Schritte erfolgten – gemäß den Grundsätzen in der Opferberatung – in Rücksprache und mit Zustimmung der Betroffenen. Auch Initiativen, die sich am Ort bereits aktiv gegen den Rechtsextremismus einsetzten, wurden informiert und mobilisiert.

Mit einem Aufruf, der sich im Sommer 2010 an die städtischen Gastronomen richtete, versuchten wir zunächst aufzuklären und um Unterstützung zu bitten. Manche der Aktiven in der Runde hatten bereits konkrete Vorstellungen und plädierten für ein optisches Signal an den Gaststätten und Restaurants: eine rote Hand, die Nazis abwehrt. Wirtinnen und Wirte sollten entsprechende Aufkleber am Eingang ihrer Lokale anbringen. Damals zeigte sich bereits, wie sinnvoll es ist, sich frühzeitig mit denen, die man gewinnen möchte, zusammenzusetzen. Denn die schönste Idee nützt nichts, wenn sie nicht von den Menschen, auf die es in einer speziellen Situation ankommt, befürwortet und umgesetzt wird.

Durch die Inhaberfamilie des Picasso bekam der Aufruf die nötige Ausrichtung und den letzten Schliff im Hinblick auf eine breite Unterstützung durch die Gastronomie. Vorab befragten wir eine Auswahl von Wirtinnen und Wirten, die wir für die Solidaritätserklärung gewinnen wollten, ob und wie sie diesen Schritt mitgehen würden. Die Auswertung ergab, dass die Befragten sich nicht mit dem Entwurf des oben genannten »Signals« anfreunden konnten. Als besonders wichtig stellte sich heraus, die Aktion so anzulegen, dass sich Wirtinnen und Wirte nicht exponieren müssten und damit selbst schutzlos der Nazigewalt ausgeliefert sein könnten. So vereinbarten wir, erst ab einer Zahl von 50 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern an die Öffentlichkeit zu gehen.

Viele zeigen gemeinsam und entschlossen ihre Solidarität

Bei der Suche nach wirksamen Antworten auf die rassistischen Übergriffe gründete sich schließlich die Initiative »Keine Bedienung für Nazis«. Viele meist junge Menschen, teilweise organisiert bei Bündnis 90/Die Grünen, der Linkspartei, den Jusos, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, dem Motorradclub Kuhle Wampe, später auch katholische Pfadfinderinnen und Pfadfinder des »Stamms Geschwister Scholl« besuchten Regensburger Lokale und informierten Personal, Inhaberinnen und Inhaber über den Überfall und das Neonazitreiben in der Region. Sie argumentierten, setzten sich intensiv mit Bedenken auseinander und warben für aktive Solidarität durch die Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung. Es war eine erfolgreiche Aktion, welche die Menschen im direkten Gespräch erreichte und konkretes Engagement ermöglichte und erbat. Nach drei Wochen hatten wir 85 Wirtinnen und Wirte, Lokalinhaberinnen wie -inhaber gewonnen, die öffentlich in der größten regionalen Zeitung erklärten:

»Wir sagen Nein zu Intoleranz und Rassismus, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in Regensburg stören. Um die Stadt und ihre Einwohner, die Touristen, unsere Gäste und unser Personal vor diesen Übergriffen zu schützen, erklären folgende Gastronomiebetriebe: Nazis und andere Rassisten haben in unseren Räumen nichts zu suchen. Wir dulden keine rassistischen, diskriminierenden Äußerungen in unserem Lokal. Wir werden diese Leute nicht bedienen.«

Mittlerweile haben sich rund 200 Gastronomiebetriebe dem Aufruf angeschlossen.

Mediale Rückenstärkung als wichtiger Schutzfaktor

Gemeinsam mit der größten Regensburger Tageszeitung hatten wir am Vortag der allgemeinen Pressekonferenz eine exklusive »Preview« mit der Mittelbayerischen Zeitung organisiert, die den Aufruf vollständig mit allen Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern abdruckte und über die Initiative berichtete. Mit dem darauffolgenden großen, regionalen und bundesweiten Echo hatten wir nicht gerechnet. In der Rückschau war es wohl die rasche und konsequente Antwort, die schon wenige Wochen nach der brutalen Naziattacke erfolgte, die diese positive Resonanz möglich gemacht hatte.

Erfolg beflügelt und steckt an: Wir und alle, die unsere Aktion wohlwollend begleiteten hatten, waren nun überzeugt, dass etwas gegen Rechts-Extremismus bewirkt werden kann. Immer mehr Wirtinnen, Wirte und deren Personal konnten überzeugt werden, mit der Unterzeichnung des Aufrufs einen praktischen Beitrag zum Schutz und zur Solidarität zu leisten. Nicht nur verschiedene Brauereien, auch der Geschäftsführer des Fußballvereins SSV Jahn unterstützte die Initiative. Wir gewannen bekannte Persönlichkeiten, die mit uns – wiederum begleitet von örtlichen Medien – in Lokale gingen, um dort für die Aktion zu werben.

Diese über Wochen dauernde Aktion war ein wichtiger Schutzfaktor. Denn die vielfach vorbestraften Täter waren noch auf freiem Fuß. Wochenlang fielen sie in der Stadt und Umgebung mit volksverhetzenden Auftritten, Hitlergrüßen und Gegröle wie »Happy, happy Holocaust« auf. Dennoch reichten die Vorkommnisse dem zuständigen Staatsanwalt nicht für einen Haftbefehl aus. Erst als der Hauptaggressor einem 16-jährigen Schüler eine schwere Kopfverletzung zufügte, wurde dieser inhaftiert. Über zehn Monate vergingen, bis sich die Neonazigruppe im Mai 2011 vor Gericht verantworten musste. Die Prozessführung und die Urteilsfindung enttäuschten uns, denn nur der Haupttäter wurde für diese Gruppengewalt mit einer zweieinhalbjährigen Freiheitsstrafe belangt.

Zwischen den Beleidigungen, den volksverhetzenden Straftaten und der Gewalt als Gruppe stellte das Gericht keinen Zusammenhang her. Die anderen Tatbeteiligten wurden weder zum Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung befragt noch für ihn belangt. Die Opferberatung zog die wichtige Lehre aus dem Prozess, dass Opfer und Geschädigte stets eine Nebenklage einreichen sollten, um mit erfahrenen Anwälten auf das Prozessgeschehen Einfluss zu nehmen.

Von einmaligen Aktionen zu dauerhaftem Engagement

Gegenwehr gegen Neonazis, die sich auf konkrete Vorfälle wie Aufmärsche oder Gewalttaten bezieht, bleibt häufig eine einmalige Reaktion. Nach Demonstrationen oder Solidaritätsbekundungen nimmt das öffentliche Interesse bald wieder ab. Während die Aktivitäten der Rechtsextremen auch jenseits spektakulärer Ereignisse im Hintergrund weitergehen, sieht ein Großteil der Bevölkerung wieder weg.

Um die Position der Wirte dauerhaft zu verdeutlichen, entwarfen wir nun doch noch einen Aufkleber. Nach intensiver Diskussion wählten wir dafür den Slogan: »Rassisten werden hier nicht bedient! Regensburger Gastronomen zeigen Zivilcourage.« Im März 2011 brachten Wirtinnen und Wirte die ersten 30 Aufkleber gleichzeitig – wiederum mit großer medialer Berichterstattung – gut sichtbar am Eingang ihrer Lokale an. Inzwischen zeigen über 100 Lokale dieses Signal gegen Rassismus und rechte Gewalt.

Einsichten und Zusammenhänge

Woran erkennt man Nazis? Diese Frage wird uns bei unseren Lokalbesuchen immer wieder gestellt. In den seltensten Fällen allein an äußeren Zeichen wie Haartracht, Kleidung oder Schmuck, sondern an ihren politischen Aussagen und Handlungen. Rassismus war und ist ein zentraler Bestandteil der rechtsextremistischen Ideologie. An rassistischen Äußerungen sind auch heute Nazis zu erkennen. Durch rassistische Stimmungsmache, Handlungen und Politik werden Menschen erniedrigt, ausgegrenzt und entrechtet. Rassismus erzeugt, rechtfertigt und legitimiert Gewalt. Er ist das Bindeglied zwischen menschenverachtenden Ideologien, politischen Gruppierungen und den Einstellungen und Handlungen einzelner Menschen im Alltag. Die Kräfte, die Rassismus als »normale Meinung« etablieren wollen, sind vielfältig. Je besser es ihnen gelingt, Rassismus hoffähig zu machen, umso niedriger wird die Hemmschwelle für Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zu tödlicher Gewalt.

Rassismus den öffentlichen Raum nehmen

Kein Raum für Nazismus und Rassismus! Keine Bedienung für Nazis und andere Rassisten! – dafür müssen wir als Bürgerinnen und Bürger, aber



Ein Ratgeber für die Gastronomie



Ratgeber und Plakat der Initiative »Keine Bedienung für Nazis«.

auch und gerade als Funktionsträgerin oder Funktionsträger des öffentlichen und politischen Lebens sorgen. Bürgergesellschaft und politische Kommune sollten sich dabei ergänzen und unterstützen. Konkrete Anlässe, um aktiv zu werden, gibt es leider mehr als genug. Dem Handeln im gesellschaftlichen Alltag der Kommune kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Vermieter von Räumen, Inhaberinnen von Lokalen, Angestellte in der Gastronomie und ihre Gäste sowie die kommunale Verwaltung können einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung demokratischer Werte leisten, indem sie Rassismus erkennen, benennen und ihn letztlich nicht zulassen. Das erschwert die von Neonazis und anderen Rassisten angestrebte Akzeptanz, deren Strukturbildung und Einflussnahme.

Im November 2011 hat die Initiative »Keine Bedienung für Nazis« in einem weiteren Schritt eine Broschüre herausgebracht und an alle Gastronomiebetriebe in Regensburg versendet. Mit Informationen zur regionalen braunen Szene und anderen rassistischen Gruppierungen, Mustermietverträgen und Verhaltenstipps kann sich die Gastronomie nun besser gegen unerwünschte Einmietung wehren.

Mit der Rückenstärkung der breiten, dauerhaften und öffentlichen Aktion verweigerten Wirtinnen und Wirte Neonazis und anderen ras-

sistischen Organisationen immer häufiger die Anmietung von Räumen. Zeitungsmeldungen wie »120 Nazis blitzen ab« oder »Gasthaus sagt Nein zu Nazis« waren das Ergebnis der aufmerksamen Recherche und Öffentlichkeitsarbeit örtlicher Nazi-Gegner. So suchte beispielsweise die Pro-Bewegung in Regensburg vergeblich nach einem Gasthaus, um eine regionale Gruppe zu gründen. Ein Wirtspaar, das sich der Aktion noch nicht angeschlossen hatte, kündigte einen bestehenden Vertrag, nachdem es über diese Organisation aufgeklärt worden war. Ihr Gasthaus zeigt nun auch den Aufkleber: »Rassisten werden hier nicht bedient!« Auf Rundgängen mit Pressevertretern erfuhren wir zudem davon, dass Gastronomen Gäste aufgefordert hatten, ihr Lokal zu verlassen. Zudem wurden etwa Burschenschafter, die nationalistische Lieder anstimmten, des Lokals verwiesen.

Die Stadt muss ihre Verantwortung in der Kommune wahrnehmen

Alle Stadtratsfraktionen haben sich in einer Entschließung anerkennend zur Arbeit der Initiative »Keine Bedienung für Nazis« geäußert. Leider folgt die politische Spitze in Regensburg und deren kommunale Verwaltung bisher nicht dem Beispiel der Regensburger Gastronomie. So weigert sich die Stadtspitze, Termine für Naziaufmärsche und deren Routen den Bürgerinnen und Bürgern bekannt zu geben, damit diese rechtzeitig und wirkungsvoll den Protest und Widerstand dagegen mobilisieren können. »Die Stadt Regensburg konterkariert alle Bestrebungen, Nazis und anderen Rassisten Räume und Wirkungsmöglichkeiten zu entziehen, wenn sie selbst das Gegenteil tut«, lautete unsere Mitteilung an die Presse, als Ende Oktober 2012 bekannt wurde, dass die Regensburger Badebetriebe als kommunale Tochtergesellschaft der umstrittenen Südtiroler Band »Frei.Wild« die Donauarena – samt Shuttle-Service – vermietet hatte. Obwohl die Stadtwerke grundsätzlich frei entscheiden können, an wen sie den größten Veranstaltungsort der Stadt vermieten, hielten sie sich nicht an die Vorgaben, die etwa für die Jugendzentren der Stadt gelten – nämlich rechtsextremen Gruppierungen keine Räume zu überlassen. Konzerte wie diese sind der kulturelle Kitt für die rechtsextreme Szene. Daher forderten wir die Stadt Regensburg, den Oberbürgermeister und alle Stadtfraktionen in unserer Pressemitteilung auf, eine solche Einflussnahme von extrem Rechten im städtischen Bereich zukünftig zu verhindern.

Unsere Pressearbeit sorgte für heftigen Wirbel und eine Diskussion, die noch weiter geführt werden muss.

Spürbare Wirkungen der Kampagne für die Betroffenen und Ausblick

Aus der Sicht der Beratung von Opfern rechtsmotivierter Gewalt ist der »Picasso-Fall« ein Beispiel gelungener Unterstützung. Selten erhalten Opfer so viel Zuspruch bei der Verarbeitung der psychischen, körperlichen und materiellen Folgen eines rechtsmotivierten Angriffs. Sie bleiben meist allein und isoliert – oftmals mit dem Gefühl, nicht ernst genommen zu werden und eventuell etwas falsch gemacht zu haben. Die länger andauernde Begleitung, die Vorgehensweisen auf kommunaler Ebene und die öffentliche bundesweite Resonanz haben den Betroffenen Rückhalt und damit eine Möglichkeit gegeben, in diesem Geschehen selbst zu Akteuren zu werden. Dies war ein wichtiger Beitrag für die persönliche Verarbeitung des Angriffs. Neben das passive »Opfergewordensein« trat nun die eigene Aktivität, in der Selbstwirksamkeit, Anerkennung und Solidarität erlebt wurde, bis hin zur gesellschaftlichen Würdigung.

Durch die aktive Überzeugungsarbeit wuchs das Interesse bei vielen jungen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, sich genauer mit Nazismus, Rassismus und Gewalt in der NS-Zeit, vor allem aber mit dem aktuellen Treiben der Neonazis in der Region zu befassen, sodass wir zahlreiche Informationsabende zu diesen Themen durchführten. Auch der Aufkleber blieb kein leeres Versprechen. Von aufmerksamen Gästen erhalten wir immer wieder Meldungen über diskriminierende Erfahrungen wie den Nichteinlass in Discotheken aufgrund der ethnischen Herkunft oder darüber, dass in Lokalen mit dem Aufkleber der Initiative dennoch Neonazis gesehen wurden. Diesen Hinweisen gehen wir nach und versuchen sie aufzuklären.

Mittlerweile sind wir in und um Regensburg in Kontakt mit dem Schulnetzwerk »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«. In zwei Fällen wurde uns sogar die Patenschaft angetragen. Bundesweit findet unsere Initiative Nachahmer und ermutigt zu ähnlichen Aktionen: unter anderem in anderen bayerischen Städten wie Nürnberg, Fürth, Landshut, Schwandorf oder Bayreuth. Im April 2013 wurde die Regensburger Initiative »Keine Bedienung für Nazis« in Eisleben mit dem Preis »Das unerschrockene Wort« der 16 Lutherstädte ausgezeichnet. Der Preis der Lutherstädte wird an Personen und Gruppen verliehen, *»die in einer besonderen Situation oder bei einem konkreten Anlass, aber auch beispielhaft über einen größeren Zeitraum hinweg, in Wort und Tat für die Gesellschaft, die Gemeinde, den Staat bedeutsame Aussagen gemacht und gegenüber Widerständen vertreten haben.«* Diese Ehrung freut uns sehr und ermutigt uns. Unser Ziel ist es weiterhin, Ras-

sisten den Zugang zum öffentlichen Raum zu verwehren und ihnen somit die Gelegenheit zur Inszenierung und Selbstdarstellung zu nehmen. Gern geben wir unsere Erfahrungen und Anregungen weiter.

Informationen im Internet

www.keine-bediienung-fuer-nazis.de

www.bud-bayern.de